

"Bereits neun Milliarden Kilowattstunden erzeugt" in Communauté européenne (Juli-August 1966)

Legende: In den sechziger Jahren gibt Europa die mit natürlichem Uran betriebenen Reaktoren auf, die als zu teuer betrachtet werden, und entscheidet sich nach und nach für angereichertes Uran, das importiert wird.

Quelle: Communauté européenne. Bulletin mensuel d'information. dir. de publ. Fontaine, François ; RRéd. Chef Chastenet, Antoine. Juillet-Août 1966, n° 7-8; 10e année. Paris: Service d'Information des Communautés Européennes. "Neuf milliards de kilowatts-heure déjà produits", p. 6.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/bereits_neun_milliarden_kilowattstunden_erzeugt_in_communaut_europeenne_juli_august_1966-de-bdf1131d-05ca-46f6-9278-69b9d8b97129.html



Publication date: 05/07/2016

Bereits neun Milliarden Kilowattstunden erzeugt

[...]

Europa auf der Suche nach Uran

Das Hauptproblem der Entwicklung des atomaren Europas bleibt weiterhin, sowohl mittel- als auch langfristig gesehen, die Versorgung mit spaltbaren Stoffen. Wird das Europa der Sechs über ausreichend Uran verfügen, um der rapide wachsenden Zahl an Kernkraftwerken innerhalb seiner Mitgliedstaaten entsprechen zu können? Das hierzu im letzten Jahr von der Kommission veröffentlichte Programm geht davon aus, dass die Kernkraftwerke im Jahre 1980 auf eine Leistung von ungefähr 40 000 MWe kommen werden.

Bis jetzt haben Forschungen nur Vorkommen von ca. 31 000 Tonnen abbaubaren Uranmetalls auf dem Gebiet der Mitgliedstaaten gefunden, und das zu einem Preis von derzeit ungefähr 120 französischen Francs pro Kilogramm. Diese Reserven sind keineswegs ausreichend. Kanada als weltweit größter Uranhersteller kann sich glücklich schätzen, unterirdische Uranvorkommen von mindestens 150 000 Tonnen zu besitzen! Genauso wie die Vereinigten Staaten mit ihren Vorkommen von 145 000 Tonnen, ebenso Südafrika, das es sich erlauben kann, den Abbau seiner 140 000 Tonnen Uran zu drosseln (das für das Land nur ein Nebenerzeugnis der Goldförderung ist!). Natürlich wird von Seiten der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft weiter nach Uranvorkommen geforscht. Eine Expertengruppe von Geologen hat jedoch in einem erst kürzlich veröffentlichten Bericht eine verbesserte Koordinierung der Prospektorenmannschaften und eine direkte Zusammenarbeit auf gemeinschaftlicher Ebene gefordert. Man nimmt übrigens an, dass eine Steigerung der Uranressourcen zu den derzeit geltenden Durchschnittspreisen durch die Umsetzung eines Prospektionsprogramms in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich und in Italien erreicht werden kann. Dort könnten zusätzliche Ressourcen von jeweils ca. 10 000 Tonnen, ca. 20 000 Tonnen bzw. ca. 10 000 Tonnen erschlossen werden.

Der künftige Bedarf des Europas der Sechs wäre dennoch weiterhin nicht gedeckt. Daher hat die Euratom-Kommission zusammen mit der Versorgungsagentur der Gemeinschaft geprüft, inwiefern in dieser Hinsicht verschiedene europäische Länder sowie einige Überseegebiete von Interesse sein könnten. Hierzu zählen beispielsweise Portugal, Schweden und Spanien sowie Argentinien. Allein die iberische Halbinsel scheint über Vorkommen zu verfügen, die praktisch denen der Gemeinschaft entsprechen und zu vergleichbaren Kosten zur Verfügung stehen könnten. Schweden besitzt anscheinend 350 000 Tonnen abbaubaren Uranmetalls, das in schwach uranhaltigen Erzen enthalten ist. Sein Preis liegt allerdings ein wenig höher. In Argentinien hat die Prospektion erst begonnen, aber bereits jetzt sind zum derzeit geltenden Preis abbaubare Vorkommen gefunden worden. Sie befinden sich auf nur 20 bis 25 % des Gebietes, das in diesem Land von den Geologen als brauchbar für die Suche nach Uran erachtet wird. Natürlich hängt der Zugang der Europäischen Gemeinschaft zu diesen Ressourcen von Verhandlungen mit den betroffenen Ländern ab. Das Abkommen zwischen Euratom und Argentinien ermöglicht es Europa indessen ab sofort, sich an der Erforschung der geologischen und technischen Aspekte des argentinischen Uranbergbaus zu beteiligen. Auch ermöglicht es eine Kooperation bezüglich der Berechnung des Potenzials der argentinischen Uranvorkommen, wodurch eine eventuelle Beteiligung der europäischen Industrie am Uranabbau vorbereitet wird.

Zwar ist der derzeitige Bedarf der Gemeinschaft an natürlichem Uran durch ihre eigenen Vorkommen gedeckt, für angereichertes Uran und Plutonium gilt dies jedoch nicht. Letztere können nur von den Vereinigten Staaten oder dem Vereinigten Königreich durch Miete oder Kauf erworben werden. Dank des Rahmenvertrags zur Miete von angereichertem Uran, den Euratom mit der amerikanischen Atomenergie-Kommission abgeschlossen hat, konnte allen europäischen Anfragen entsprochen werden. Was das Plutonium anbelangt, so hatte die Versorgungsagentur in den Jahren 1964 und 1965 bereits mit dem Vereinigten Königreich den Kauf von 90 kg Plutonium für den Bedarf des gemeinschaftlichen Forschungsprogramms über die „Schnellen Reaktoren“ ausgehandelt. Im Juni 1965 hat sie mit der amerikanischen Kommission einen Vertrag abgeschlossen, der den Verkauf von über 400 kg Plutonium im Wert von 18 Millionen Dollar vorsah. Die Euratom-Kommission hat kürzlich die Vereinigten Staaten darum

gebeten, der Gemeinschaft möglicherweise 1 000 kg zusätzliches Plutonium zur Verfügung zu stellen, welches ebenfalls zur Erforschung schneller Brüterreaktoren dienen soll. Damit soll es dem Europa der Sechser ermöglicht werden, seine Plutoniumversorgung bis 1970 sicherzustellen, also bis zum Zeitpunkt, an dem die großen in Europa der Stromerzeugung dienenden Reaktoren beträchtliche Mengen Elektrizität erzeugen werden, die aber aller Wahrscheinlichkeit nach dennoch nicht ausreichen werden.

Der neunte Gesamtbericht der Euratom geht natürlich auch sehr ausführlich auf alle in der Forschung auftretenden Probleme ein, mit denen die Gemeinschaft im Jahre 1965, nach der Umgestaltung des zweiten Fünfjahresprogramms, konfrontiert worden war. Diese können nicht von der dringenden Notwendigkeit getrennt werden, die europäische Industrie den technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des Atomzeitalters in seinen Anfängen anzupassen.